FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 18.05.1985

1/84

In dem Schiedsgerichtsverfahren

des Parteimitglieds G aus B

- Antragsteller -

g e g e n

die Freie Demokratische Partei - Landesverband B

vertreten durch den Landesvorsitzenden, R aus B

- Antragsgegner -

Beigeladener:

Der Präsident des Landesparteitages, L aus B

hat das Bundesschiedsgericht der F.D.P. nach mündlicher Verhandlung am 18. Mai 1985 unter Mitwirkung von

Prof. Dr. Otfried Sander (Vorsitzender)

Dr. Hans Fuhrmann (Beisitzer)

Peter Friederici (Beisitzer)

Dr. Hermann Kohlhase (Beisitzer)

Dr. Dieter Brielmaier (Beisitzer)

für Recht erkannt:

Auf die Beschwerde des Antragstellers wird der Beschluß des Landesschiedsgerichts B vom 21. Mai 1984 aufgehoben.

Es wird festgestellt, daß auf dem 41. ordentlichen Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei - Landesverband B - am 9. und 10. März 1984 keine Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag wirksam gewählt worden sind.

Gründe

I.

Auf dem 41. ordentlichen Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei - Landesverband B - am 9. und 10. März 1984 waren nach der Tagesordnung die Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesverbandes B zum Bundesparteitag zu wählen. Nach der Durchführung der Wahlen wurde die Gültigkeit der Wahl der Delegierten angezweifelt, weil die Stimmzettel Unklarheiten darüber aufwiesen, wann mit "Nein" zu stimmen war. Das wurde auch von einem Mitglied des Landessatzungsausschusses bestätigt. Daraufhin wurde von dem Parteitagsdelegierten L der Antrag eingebracht, den Tagesordnungspunkt "Wahlen von Bundesparteitagsdelegierten und Ersatzdelegierten erneut aufzurufen mit dem Ziel, die Wahlen zu wiederholen. Als Begründung wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlverfahren nicht eindeutig gewesen sei. Dieser Antrag wurde dem Landesparteitag zur Abstimmung vorgelegt, der ihm mit einer Mehrheit von 141 Ja-Stimmen gegen 95 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zustimmte. Nach einer Sitzungspause rief der Beigeladene L als Präsident des Parteitages den Tagesordnungspunkt Wahlen erneut auf und wies darauf hin, daß der Antrag auf Wiederholung der Wahl unzulässig sei, weil die Wahl der Bundesparteitagsdelegierten und Ersatzdelegierten mit der Annahme der Wahl durch die Delegierten abgeschlossen und eine Wiederholung des Wahlganges nicht mehr möglich sei.

Daraufhin hat der Antragsteller, der selbst Delegierter des Landesparteitages ist, beantragt, im Schiedsgerichtsverfahren die Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag für nichtig zu erklären und die Wahlen auf dem nächsten Landesparteitag zu wiederholen.

Diesen Antrag hat das Landesschiedsgericht als unzulässig zurückgewiesen. Es ist der Auffassung, daß es sich bei dem Antrag des Antragstellers um eine Wahlanfechtung handele, zu der er nicht berechtigt sei, weil er in seinem Wahlrecht als Parteitagsdelegierter nicht verletzt worden sei (§ 11 Nr. 1 d. SchGO).

Gegen diese Entscheidung hat der Antragsteller rechtzeitig Beschwerde eingelegt. Er vertritt die Auffassung, daß er als Parteitagsdelegierter befugt sei, die "Klarstellung einer bereits bestehenden Rechtslage" geltend zu machen und im Schiedsgerichtsverfahren feststellen zu lassen, daß die Wahl der Delegierten durch den Beschluß des Landesparteitages aufgehoben sei. Auf Anfrage des Bundesschiedsgerichts hat er als Antragsgegner den Landesvorsitzenden benannt.

Der Antragsgegner hat beantragt, den Antrag des Antragstellers zurückzuweisen. Er meint, daß der Wahlgang der Delegierten mit der Annahme der Wahl durch die Gewählten abgeschlossen und daß nach §§ 5 Abs. 4 und 14 Abs. 4 Landessatzung eine Wiederholung der Wahl nicht zulässig war.

Das Bundesschiedsgericht hat den bisher als Antragsgegner behandelten Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag Gelegenheit gegeben, dem Verfahren als Beigeladene (§ 13 Abs. 1 Nr. 3 SchGO) beizutreten. Von diesem Recht hat nur der Präsident des Landesparteitages, L, Gebrauch gemacht.

Auf die mündliche Verhandlung und die gewechselten Schriftsätze wird Bezug genommen.

II.

Das Rechtsmittel des Antragstellers und Beschwerdeführers hat Erfolg.

1. Der Antrag ist entgegen der Auffassung des Landesschiedsgerichts zulässig. Der Antragsteller ficht mit seinem Antrag keine Wahl an, sondern will nur klären, ob auf dem 41. ordentlichen Landesparteitag des Landesverbandes B der F.D.P. die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag rechtswirksam gewählt worden sind. Dazu ist er nach § 31 SchGO i.V. mit § 256 ZPO berechtigt. Jedes Mitglied der Partei hat im Regelfall ein rechtliches Interesse an der Feststellung, ob bestimmte Personen den Bundesverband B der F.D.P. auf dem Bundesparteitag vertreten dürfen (vgl. BGH in LM Art. 21 GG Nr. 2, insoweit nicht in BGH NJW 1974, 183 abgedruckt). Das gilt insbesondere für Parteitagsdelegierte, die an der Wahl dieser Delegierten beteiligt sind. Für die Entscheidung einer solchen Streitigkeit zwischen dem Landesverband und einem Mitglied ist das Bundesschiedsgericht als Rechtsmittelgericht zuständig (§ 9 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 10 Nr. 1 SchGO).

Antragsgegner ist der Landesverband B der Freien Demokratischen Partei, vertreten durch seinen Vorsitzenden (§ 19 Abs. 1 LaSa). Dieser wird in erster Linie durch den Antrag in seinem rechtlichen Interessen berührt und hat auch allein die Möglichkeit, eine Wiederholung der Delegiertenwahl zu veranlassen.

2. Der Antrag ist auch begründet. Durch seinen mit Mehrheit gefaßten Beschluß hat der Landesparteitag nicht nur zum Ausdruck gebracht, daß der Tagesordnungspunkt Wahlen erneut aufgerufen werden soll, wie der Beigeladene im erstinstanzlichen Verfahren vorgetragen hat. Vielmehr ist angesichts der da-mit bezweckten deutlichen Zielsetzung und den vorangegangenen Erörterungen davon auszugehen, daß er eine Wiederholung der Wahl beschlossen und damit die vorangegangenen Wahlen rückgängig gemacht hat. Ein anderer Sinn und Zweck ist dem Antrag und dem ihm zustimmenden Beschluß des Parteitages bei ver-nünftiger Würdigung nicht zu entnehmen. Angesichts dieser Beschlußlage war das Präsidium des Parteitages gehalten, den Tagungsordnungspunkt nicht nur erneut aufzurufen, sondern die Wahlen auch zu wiederholen. Die Wiederholung dieser Wahlen war nicht unzulässig.

Das Bundesschiedsgericht braucht in diesem Zusammenhang nicht darüber zu befinden, ob das Verbot der Abwählbarkeit von Delegierten nach § 5 Abs. 4 Satz 1 Landessatzung mit dem Verfassungsgebot des Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG zu vereinbaren ist. Die Wiederholung der Wahl war hier schon deshalb zulässig, weil der Landesparteitag seinen Wiederholungsbeschluß zu einem Zeitpunkt gefaßt hat, als er noch tagte. Es ist ein selbstverständlicher Grundsatz, daß ein Beschlußgremium Entscheidungen wiederholen kam, wenn es meint, daß die getroffene Entscheidung rechtswidrig war oder wenn es Zweifel an der Rechtmäßigkeit hat. Das gilt vor allem dann, wenn es zu dieser Erkenntnis noch

während seiner Tagungsperiode kommt. § 12 Abs. 2 SchGO schreibt diesen selbstverständlichen Grundsatz, der auch in jedem gerichtlichen Verfahren gilt, lediglich deklaratorisch für Wahlverstöße fest. Der Landesparteitag brauchte nicht darauf zu warten, daß ihm in einem schiedsgerichtlichen Verfahren ein Rechtsverstoß nachgewiesen wurde. Er konnte kraft eigener Souveränität selbst darüber entscheiden, ob er die Delegiertenwahl wiederholen wollte, nachdem Zweifel an der Rechtmäßigkeit der vorangegangenen Wahlen aufgekommen waren.

3. Das Verfahren ist kostenfrei.